

Sigmar Gabriel
SPD Parteivorstand

Wilhelmstr. 141
10911 Berlin



Offener Brief

Düsseldorf, den 26. März 2016

Lieber Genosse Sigmar,

ich bin nach der verlorenen Bundestagswahl 2013 Mitglied der SPD geworden. Meine Beweggründe waren unter anderem, dass ich für mein dafürhalten, aus tiefstem Herzen Sozialdemokrat bin. Aus meiner Sicht, sind Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, eine der größten Errungenschaften der Menschheit. Eine soziale Verantwortung, für die Menschen mit denen man in einer Gesellschaft bzw. in einem Land lebt für eine zwischenmenschliche Verpflichtung. Dies sind – soweit ich es mir anmaßen darf – die Grundpfeiler unserer Partei. Es geht in der Sozialdemokratie also zusammengefasst darum, Politik zu machen, die die schwächsten unserer Gesellschaft nach allen Kräften entlastet und unterstützt. Es geht darum, allen dieselben Möglichkeiten zu geben, ganz egal welchen sozialen oder gar geografischen Hintergrund sie haben. Es geht darum, sozialen und gesellschaftlichen Aufstieg zu ermöglichen. Aber dies sind nur in paar Beispiele. Alles verläuft also streng nach dem Prinzip, dass die stärksten unserer Gesellschaft und unserer Republik die schwächsten unterstützen. Hierzu zählen, die vermögendsten Bürgerinnen und Bürger und – aber vor allem – die Unternehmer, da diese aus meiner Sicht noch eine soziale Fürsorgepflicht für Ihre Angestellten haben.

Aber genug von mir.

Ich Schreibe dir diesen Brief schließlich im Namen meines Ortsvereins in Düsseldorf Eller.

Mir, als auch einigen anderen Genossinnen und Genossen, ist in den letzten Wochen und Monaten – vielleicht sogar Jahren nicht ganz klar, was ihr an der Parteispitze oder den Ministerien in unserem Auftrag macht. Darum möchte ich dich, als unseren Parteivorsitzenden bitten, dir diesen Brief und vor allem die Gedanken, die wir uns gemacht haben zu Herzen zu nehmen.

Sollte ich mich in einigen Punkten Irren oder bei einigen Zahlen ungenau sein korrigiere mich bitte.

I. Steuerpolitik und Vermögensverteilung

Die Finanzkrise 2008 hat dafür gesorgt, dass wir als Staat, aber vor allem die Steuerzahler insgesamt 480 Milliarden Euro für die Bankenrettung hergeben mussten. Diese Zahlung war zwar durchaus berechtigt da wohl sonst weitaus schlimmeres passiert wäre - dennoch blieben sowohl bei mir, als auch bei vielen Bürgerinnen und Bürgern viele Fragen offen. Wieso wurden bis jetzt – fast 8 Jahre danach – noch immer **keine harten Regulierungsmaßnahmen** auf dem Finanzmarkt umgesetzt? Das wäre gerade für uns Sozialdemokraten, DIE Gelegenheit gewesen um Politik zu betreiben, nach denen unser Wählerklientel gefordert hat bzw. immer noch fordert: **Die Haftungspflicht der Banken erhöhen**. Wie kann es sein, dass wir als Sozialdemokraten nicht auf die Barrikaden gehen, wenn **Gewinne von Banken privatisiert und die Verluste** (die zu einem erheblichen Teil durch maßlose Zockerei entstanden sind!) **solidarisiert werden**? Wie können wir bzw. unsere Mandatsträger zulassen, dass diesem Trieben nach der Krise **nicht Einhalt geboten** wurde? Ich möchte dir anhand von einem Beispiel aufzeigen wie das für einen Durchschnittsbürger wie mich aussah: Ein Fremder geht in ein Autohaus und kauft sich einen neuen Sportwagen über ein gängiges Finanzierungsmodell. Plötzlich kann er das Auto nicht mehr bezahlen und ich werde dazu verpflichtet, die monatlichen Raten abzutragen. Von dem Auto, sehe ich allerdings nichts außer dem Qualm der aus dem Auspuff schießt.

Das mag für dich jetzt ein sehr abstraktes Beispiel sein. Dies sind aber Beispiele mit denen wir an der Basis konfrontiert werden. **Das ist das Gefühl vieler Bürgerinnen und Bürger**. Können wir dann mit Stolz sagen, dass unserer Partei alles Erdenkliche unternommen oder immerhin VERSUCHT hat um hier für die Zukunft ausreichend vorzusorgen?

Ich denke du hast dir diese Frage wie so viele Genossinnen und Genossen gerade mit nein beantwortet.

Es ist mir außerdem unerklärbar, wie unsere Partei das Auseinanderklaffen der ärmsten und reichsten in unserem Land zulassen kann. Der **Armuts und Reichtumsbericht** der Bundesregierung ist das beste Beispiel dafür. Es gibt dutzende detaillierte Analysen, wie sich die Armut in Deutschland zusammensetzt. Es wird eine regelrechte **Armutsforschung** betrieben, zu denen es dutzende Daten gibt. Hierzu muss sich nur, die bei den Arbeitsagenturen, Krankenkassen oder Rentenversicherungsträgern vorhandenen Daten herbeiziehen. Der **Reichtum ist** wie es der **Bundespressesprecher Steffen Seibert** auf einer **Bundespressekonferenz** so schön formulierte „**Ein bislang wenig erforschtes Phänomen**“. Ein Phänomen! Wieso schafft unsere Partei keine gesetzliche Grundlage die sich am Mikrozensus orientiert und die für **ALLE** Bundesbürger **verpflichtend** ist? Dann zumindest, wäre der Reichtum nicht länger unerforscht.

Wieso **kämpfen** wir nicht weiter dafür sowohl den **Spitzensteuersatz** zu erhöhen als auch eine dem **Grundgesetz konforme Vermögenssteuer** wieder einzuführen? Wir lassen als Partei zu, dass **Unternehmen** wie Amazon, Starbucks o.ä. in unserem Land **Handel treiben**, ihre **Mitarbeiter** (die für den Erfolg des Unternehmens verantwortlich sind!) **schlecht bezahlen** und obendrein noch **nicht mal anständig ihre Steuern zahlen**. Wie können wir verantworten, dass solche Unternehmen hier ungestraft Handel treiben dürfen? In Anbetracht der Summen, die an **Steuern verloren gehen** und den möglichen Risiken, hinsichtlich der (schlecht!) bezahlten Arbeitsplätze, gibt es für mich als Sozialdemokrat keine Aussagekräftigen Argumente die dafür sprechen.

II. Das Nachbeben der Agenda - Über Sozialen Abstieg, soziales Wohnen und Entmachtung der Gewerkschaften

Der Ehemalige CDU Oberbürgermeister Dirk Elbers hat sinngemäß einmal gesagt: „Wer sich das Leben in Düsseldorf nicht mehr leisten kann der muss eben wegziehen“. Bei den **Mietpreisen**, die mittlerweile in deutschen Großstädten herrschen ist es **Trauerspiel**, dass eine solche Aussage in der Wahrheit entspricht! Auch hier bin ich der Meinung, dass der Bund **nicht** einmal **das mindeste unternimmt**. Man müsste **Gelder bereitstellen**, die **sozialen Wohnungsbau unabhängig** von Investoren ermöglicht. Und das auch mitten in Großstädten, nicht nur in den Randbezirken! Aber wie sollen Kommunen Sozialwohnungen bauen, wenn sie wie im Ruhrgebiet hoch verschuldet sind? Der Bund lässt die Kommunen hier im Stich. Natürlich ist das Geld knapp, aber ich habe dir im ersten Abschnitt dieses Briefes **Möglichkeiten aufgezeigt**, mit denen wir unsere **Einnahmen massiv erhöhen können**. Aber kommen wir zum Kern der Agenda 2010: Hartz IV

Der **Grundstein** für die Tatsache, dass das die **untersten** unserer Gesellschaft **kein Vermögen**, sondern Schulden **besitzen** bildet **Hartz IV**. Hierbei geht es noch nicht einmal um den Leistungsumfang bzw. die Leistungshöhe. Es geht vielmehr um die Dinge die dahinter stecken. So zum Beispiel das zu **berücksichtigende Vermögen**. In §12 Absatz 1 SGB II heißt es, dass **alle verwertbaren Vermögensgegenstände** zu berücksichtigen sind. Weißt du, was das für die Bürgerinnen und Bürger da draußen bedeutet, die auf Hartz IV angewiesen sind? Es bedeutet, dass in die **Vermögensberücksichtigung** beispielsweise der **Familienschmuck** eingerechnet werden kann. Es bedeutet, dass die Bürgerinnen und Bürger **Gegenstände veräußern** müssen die möglicherweise seit Jahrzehnten oder sogar Jahrhunderten **im Familienbesitz** sind. Es bedeutet, dass jemand sein **Leben lang gearbeitet, ein Haus gekauft hat und dieses durch Hartz IV verkaufen muss weil es nicht angemessen ist!** Weil es nicht angemessen ist!

In Anbetracht der weit verbreiteten **Maßlosigkeit**, unserer **vermögenden Elite**, ist das nur eine weitere **Demütigung** der Menschen, die **durch Hartz VI** aus der Mittelschicht in die Unterschicht fallen. Das ist die **harte Realität** in der wir leben. Findest du das **Sozial gerecht**? Sollten das die Dinge sein für die wir stehen? Ich denke es ist endlich an der Zeit, dass sich **die SPD** für die Agenda Reformen bei der Bevölkerung **entschuldigt**. Es ist Zeit, dass wir diese **Menschen wieder in Schutz nehmen und mit ganzem Herzen verteidigen**.

Es hat für mich außerdem immer noch keinen Sinn ergeben, wieso unsere Bundestagsfraktion das **Tarifeinheitsgesetz** mit getragen hat. **Wenn 175 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für ein Gesetz stimmen, welches nachweislich die Tariffreiheit der Gewerkschaften, sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer so massiv beschneidet dann frage ich mich ob wir uns nicht mittlerweile völlig in die Rechte Mitte verirrt haben.**

Unser Hauptklientel, die **Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** unseres Landes sowie die **Gewerkschaften** wurden **von uns** mit diesem Gesetz schlicht weg **verraten**. Ich persönlich, kenne wenig Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die **noch das Vertrauen in uns haben**, dass Sie sie wohl noch vor einigen Jahren hatten. Das lässt sich bei einer solch **Wirtschaftsnahen** Politik, wie Sie unsere **Bundes SPD** seit einigen Jahren betreibt leider auch nicht vermeiden oder gar bis zu nächsten Wahl wiederherstellen.

III. Kritik am Umgang mit TTIP - wie Verschwiegenheit die Demokratie vergiftet

Aufgrund der Verschwiegenheit über die Vertragskonditionen gibt es glaube ich **keine** definitiv gesicherten **Informationen** über den tatsächlichen **Inhalt**. Und genau **dort fängt es an**. Wie können wir, als einer der **mächtigsten Staaten Europas** zulassen, dass ein Freihandelsabkommen **unter totalem Ausschluss der Öffentlichkeit** verhandelt wird? (Ganz abgesehen von den unzähligen Gefahren und Kritikpunkten die ich als Gewerkschafter und Sozialdemokrat dem Abkommen gegenüber habe.) Wie können wir zulassen, dass die **vereinigten Staaten** uns als Europäern **vorschreiben** wie wir unseren vom Volk gewählten Vertretern den **Zugang** zu den **Verhandlungsdokumenten** ermöglichen? Halte mich bitte nicht für einen Verschwörungstheoretiker. Aber **wieso wird ein Abkommen, von dem alle Menschen in der EU und den USA profitieren sollen im geheimen verhandelt?** Wieso argumentieren die Beamten in Brüssel mit Begriffen wie Verhandlungstaktik, wenn es um die Intransparenz geht? Es soll doch **Jedermann** von diesem Abkommen **profitieren oder?** Bei allem Respekt: **wenn ich** einem Politiker, einen Teil der **Macht** frei über mein eigenes Leben zu bestimmen **übertrage** in dem ich sie oder ihn in ein Parlament wähle dann verlange ich, dass dieser mir zu allen Gesetzen die mein Leben betreffen bzw. verändern sollen **Rede** und **Antwort** stehen **kann**. Wie soll das allerdings möglich sein, wenn jene Abgeordnete oder jener Abgeordneter mir nicht sagen darf was in diesen Entwürfen drinsteht? **Sind wir als Europäische Union, tatsächlich so von einem Freihandelsabkommen mit den USA oder Kanada abhängig, dass wir uns etwas diktieren lassen?** Sollte die Antwort auf diese Frage nein lauten bitte ich dich mir zu sagen, weshalb die Bundesregierung dann nichts unternimmt (Aufgrund der florierenden Wirtschaftslage halte ich ein „Ja“ für sehr unwahrscheinlich).

Denn um dir noch mal die Sicht unserer Bürgerinnen und Bürger näher zu bringen: Würdest du mit mir einen Vertrag eingehen den mein Anwalt erstellt hat ohne diesen vorher zu lesen? Oder würdest du alles unternehmen um an die Vertragsdetails zu kommen und vor allem selber entscheiden wollen ob diesen Vertrag eingehst oder nicht?

Bezüglich Investitionsschutz, geheimen Schiedsgerichten oder „Chlorhühnchen“ werde ich dieses keine Ausführungen machen. Die oben aufgeworfenen Fragen und Ausführungen wecken bei mir schon schlimmere Bauchschmerzen als jedes Chlorhühnchen es jemals kann .

IV. Frieden ist, wenn einer von beiden den längeren Stock hat.

Durch diverse Berichte in den Medien, ist oftmals deine **kritische Haltung** gegenüber deutscher **Rüstungsexporte** deutlich geworden. Gerade in Hinblick auf Exporte in angespannte Regionen. **Mehr allerdings nicht!** Wie können wir als Sozialdemokraten **zulassen**, dass weiterhin deutsche Waffen in **Krisenregionen** exportiert werden? Wir sagen in der Öffentlichkeit, regelmäßig wie wichtig es ist, angesichts der andauernden **Flüchtlingsströme**, die **Fluchtursachen** wirksam zu bekämpfen. Aber was ist denn die hauptsächliche **Fluchtursache**? Es ist in meinen Augen **die Angst vor dem Tod**. Menschen sterben in Kriegsgebieten durch Waffen. Und **sie sterben eben auch durch deutsche Waffen**. Trotz der massiven **Menschenrechtsverletzungen** in Saudi Arabien, werden dorthin mit einer Regelmäßigkeit Waffen geliefert. Neulich erst sogenannte Defensivwaffen. In meinen Augen können Menschen auch durch Defensivwaffen getötet und unterdrückt werden. Wollen wir als **Partei** wirklich einen Kurs **unterstützen**, der ein Land welches regelmäßig die **Todesstrafe** anwendet, **foltert**, Frauen **benachteiligt** oder **Homosexualität** unter **Strafe** stellt (um nur einige Beispiele zu nennen) als **strategischen Partner** bezeichnen und sogar erhebliche Mengen an **Kriegswaffen** dorthin liefern? Ich denke **wir sollten endlich damit aufhören, uns** mit Argumenten wie "unsere saudischen Partner sind ein wichtiger Stabilitätsfaktor in der Region" **selbst zu belügen**.

Unser Kurs als **Sozialdemokraten** sollte doch eher in die Richtung gehen, **keine Geschäfte** mit Regimen zu machen, welche **in solch hohem Maße gegen unsere sozialdemokratischen Werte verstoßen**. Ob wir nun in einer großen Koalition sind oder nicht, sollte es uns wenn es um unsere sozialdemokratischen Wurzeln geht **nicht interessieren**. Und auf diese müssen wir uns langsam wieder berufen.

V. Die wirkliche Alternative für Deutschland - wie wir unsere Wählerinnen und Wähler zurück gewinnen können

Die Dinge die ich dir in den voran gegangenen Abschnitten erläutert habe, gehören meiner Meinung nach zu einem **erheblichen Teil der Problematik in der sich unserer Partei derzeit befindet**.

Es gibt, wie du in den letzten Wochen schon angesprochen hast, eine breite Masse in unsere Bevölkerung die sich **fürchtet**. Ich bin davon überzeugt, dass der **Großteil** dieser Menschen, zu denen gehört, die unserem **früheren Wählerklientel** entsprechen. Es sind Menschen, die entweder **Sozial abgehängt** sind oder **befürchten** Ihren **sozialen Status zu verlieren**. Und wenn ich mich in meinem jungen Alter nur an die Zeiten zurück erinnere, in denen ich die Bundespolitik aktiv oder passiv mitverfolgt habe, dann fürchten sich diese Menschen **zurecht**. Wie du den oben aufgeführten Erläuterungen entnehmen kannst, befindet sich **unser Land** meiner Meinung nach in einer enormen **sozialen Schieflage**. Du hast in den letzten Tagen **selber** ein **Solidarisierungsprojekt** für die „**eigene Bevölkerung**“ in den Ring geworfen. Das ist gut und auch richtig so. Aber damit ist es bei **weitem nicht getan**. Wie du meinen übrigen Gedanken ebenfalls entnehmen konntest, bin ich der Meinung, **dass die SPD schon seit vielen Jahren eine Politik betreibt**, die einer **Sozialdemokratischen Partei in vielen Dingen nicht würdig ist**. Und dieser Meinung bin ich nicht nur allein. Dieser Meinung sind sowohl viele in der Parteibasis als auch den Menschen da draußen. Den **Arbeiterinnen** und **Arbeitern**.

Den Menschen für die wir eigentlich Politik betreiben müssten. Ich würde sogar soweit gehen und behaupten, dass der **Niedergang der deutschen Sozialdemokratie** mit der **Agenda 2010** ihren Anfang gemacht hat.

Ich denke, dass mit der Agenda und der in den folgenden Jahren betriebenen **Neoliberalen Politik**, unserer Partei der **Linke Parteiflügel weg gebrochen** ist.

Und hier kommen wir zum eigentlich **Problem**, dass wir in unserem Land haben. Den Menschen fehlt es an einer **überzeugenden** und vor allem **glaubhaften Alternative** für die Schwarz-Gelbe bzw. Schwarz-Rote Politik. **Den Menschen fehlt es an einer realistischen linken Alternative.** Und diese Alternative ist zwingend notwendig. Durch diese fehlende Alternative, kommt es meiner Meinung nach nämlich auch zu den furchterregenden Zahlen, die die AFD bei den aktuellen Landtagswahlen erzielt hat. **Diese fehlende linke Alternative führt dazu, dass die AFD im nächsten Jahr vielleicht sogar 2-stellig in den deutschen Bundestag einzieht.** Denn die Wählerinnen und Wähler der AFD sind mit Sicherheit **nicht** nur rechte Hardliner, Islamhasser oder Erzkonservative. Es sind eben diese Menschen, **die fürchten sozial abzustiegen.** Die Tatsache, dass diese dann eine Partei wie die AFD wählen ist natürlich paradox. Aber es ist (wie auch viele Untersuchungen der öffentlich-rechtlichen Medien gezeigt haben) überwiegend ein **Denkzettel für die Regierung.** Es ist viel mehr ein **Hilferuf nach mehr sozialer Gerechtigkeit.** Und das wichtigste was ich daraus lese ist: **Es ist ein Weckruf für die deutsche linke!**

Wir müssen endlich damit anfangen unseren **linken Parteiflügel wieder zu entdecken.** Wir müssen uns wieder klar auf die **Seite der Gewerkschaften** stellen und diese für uns zurück gewinnen. Wir müssen wieder dahin, gehen wo wir her kommen. Wir müssen wieder **die Partei der kleinen Leute und des Mittelstandes werden.** Dann werden wir auch die Herzen der Bürgerinnen und Bürger zurück erobern. **Dann werden wir unsere Wählerinnen und Wähler zurück gewinnen.** Dann sind wir in der Position in der wir Machtansprüche stellen können und auch müssen. Wir müssen aufhören uns mit den linken (der Partei) zu streiten sondern uns **zusammen setzen** und an den **Schnittpunkten enger zusammen arbeiten.** Und wenn wir diese Dinge **heute** noch anpacken, dann können wir es sogar schaffen, dass **die Menschen 2017 eine linke alternative** haben. Dann werden wir den Menschen soziale Gerechtigkeit bringen können. Denn wenn diese wieder hergestellt wird, **ist das Phänomen AFD so schnell verschwunden wie es aufgekeimt ist.**

VI. Was ich mir wünsche

Ich wünsche mir, dass meine Gedanken dich erreicht haben und du dich dieser Zeilen persönlich angenommen hast. Bitte nimm dir nur einen Bruchteil der Zeit, die ich in diesen Brief investiert habe um dir Gedanken darüber zu machen. Ich wünsche mir nichts sehnlicher, als das die Menschen die seit Jahren von Armut bedroht sind oder sogar in Armut leben endlich wieder ein gutes Leben führen können. Ich wünsche mir, dass alle hart arbeitenden Bürgerinnen und Bürger dieses Landes nicht jeden einzelnen Cent umdrehen müssen um über die Runden zu kommen.

Aber am meisten wünsche ich mir, dass unsere Partei wieder zu ihren Wurzeln zurück findet. Das wir uns nicht als Juniorpartner, einer sozialisierten Union begnügen. Sondern, dass die SPD wieder den unterschied macht und sich schützend vor die schwächsten unserer Gesellschaft stellt. Es ist an uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Zukunft sozial gerecht zu gestalten. Und dazu gehört mehr als ein Mindestlohn und die Rente mit 63. Es ist an dir, als unserem Bundesparteivorsitzenden, den Kurs unserer Partei festzulegen und nicht ins wanken zu kommen.

Wir müssen den Menschen wieder Hoffnung geben.

Ich verbleibe stellvertretend für meinen Ortsverein und vermutlich viele Bürgerinnen und Bürger

Mit lieben und hoffnungsvollen Grüßen

Philipp Heinz
1. Stellvertretender Vorsitzender Ortsverein Eller